



Salzbrocken werden mit einem Spezialfahrzeug in 840 Meter Tiefe von der Wand geschlagen. Umweltminister Norbert Röttgen (kl. Foto) hält trotz der Proteste (o.l.) an Gorleben als möglichem Endlager fest. F.: dpa

„Der schlechteste aller Standorte“

Geologe Ulrich Kleemann über Gorleben – Suche nach Atommüll-Endlager muss transparent sein – Genügend Alternativen

Noch ein Treffen der Länder, dann soll der Startschuss für eine bundesweite Suche nach einem Endlager für Atommüll fallen. Doch wie soll der Standort Gorleben in das Verfahren integriert werden? Gibt es ein neues Bundesinstitut? Zu diesen Fragen äußert sich der Geologe Ulrich Kleemann im Interview der Woche.

► Noch immer ist das neue Endlager-Suchgesetz nicht in trockenen Tüchern. Wie realistisch ist Ihrer Ansicht nach eine Einigung noch in diesem Jahr?

Dr. Ulrich Kleemann: Ich habe den Eindruck, dass der Wille zu einer Einigung schon sehr groß ist bei allen Beteiligten. Die Frage ist natürlich, wie ein möglicher Kompromiss aussehen wird und ob die wesentlichen Punkte dann auch tatsächlich in dem Endlagersuchgesetz enthalten sind. Ganz wichtig ist für mich die Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Verfahrens und eine Kontrolle durch unabhängige Personen, die sicherstellen, ob die Kriterien auch richtig angewendet werden.

► Gibt es überhaupt, wie von Bundesumweltminister Röttgen angekündigt, eine weiße Landkarte bei der Endlagersuche?

Kleemann: So weiß ist die Landkarte ja schon gar nicht mehr. Es gibt Untersuchungen, die sagen, welche Formationen in Deutschland in Frage kommen. Zum einen sind es die Salzstöcke in Norddeutschland, die in die engere Wahl kommen. Dann sind es Tonvorkommen, die sich von Nordrhein-Westfalen über Niedersachsen bis hin nach Brandenburg ziehen. Es gibt aber auch in Süddeutschland Tonvorkommen in Baden-Württemberg und Bayern und es gibt Kristallin-Vorkommen in Bayern und in Sachsen. Man weiß also schon, in welchen geologischen Räumen man suchen muss.

► Nach ihrer neuesten Studie ist eine weitere Erkundung des möglichen Endlagerstandortes Gorleben „Geldverschwendung“. Wie begründen Sie diese Einschätzung?

Kleemann: Ich habe eine Literaturstudie gemacht und

bin so vorgegangen, wie man das jetzt in einem Auswahlverfahren auch bei anderen Standorten machen würde. Ich habe erstmal geschaut, wie sind die Ausschlusskriterien und die Abwägungskriterien auf den Standort Gorleben bezogen anzuwenden. Ich komme zu dem Ergebnis, dass zwei Ausschlusskriterien erfüllt sind. Es gibt eine aktive Störungszone. In diesem Bereich ist in Zukunft Bewegung nicht auszuschließen. Zweitens ist es das Gasvorkommen, das sehr wahrscheinlich unter dem Salzstock liegt. Ein solches Gasvorkommen stellt natürlich ein großes Risiko für ein Endlager dar. Und schließlich fehlen schützende Deckschichten oberhalb des Salzstockes, was im Rahmen einer Abwägung zu einer schlechten Bewertung des Salzstockes führen muss. Es gibt andere Salzstöcke in Norddeutschland, die haben intakte Deckschichten.

► In ihrer Studie weisen Sie Versäumnisse der an der Erstellung der Vorläufigen Sicherheitsanalyse beteiligten Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) nach.

Kleemann: Ich war selbst überrascht, als ich festgestellt habe, in welcher Fülle die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe aktuelle Literatur nicht verwendet hat. Und zwar immer dann, wenn es kritische Argumente gegen Gorleben gab. Man setzt sich mit den Argumenten nicht auseinander. Die Bundesanstalt war schon sehr früh festgelegt im Hinblick auf die Eignung, schon zu Beginn der 80er-Jahre hat man sich sehr positiv zu Gorleben geäußert. Sie ist auch nicht wirklich unabhängig. Sie ist im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums angesiedelt und damit weisungsgebunden. Daher sind die Aussagen dieser Behörde sehr

kritisch zu bewerten. Sie wertet jetzt im Rahmen der Sicherheitsanalyse ihre eigenen Ergebnisse aus. Das Ergebnis ist schon vorprogrammiert.

► Sie sagen, wenn man radioaktive Abfälle für eine Million Jahre sicher verwahren wollte, könne man eine Lösung „nicht auf dem Bunsenbrenner entwickeln“. Wie sieht denn Ihrer Meinung nach eine sichere und endgültige Lösung aus?

Kleemann: Es kann natürlich nicht hingenommen werden, dass ein Risiko durch Gas unter dem Endlager vorhanden ist, ein zusätzliches Risiko durch Wasservorkommen oberhalb des Salzstockes nachgewiesen ist und dass drittens auch noch Bewegungen möglich sind. Diese Kriterien müssen bei allen Standorten kritisch betrachtet werden. Man wird sicher nicht den idealen Standort finden. Aber der bestmögliche Standort bedeutet, dass er nach Abwägung aller Kriterien der sicherste Standort ist. Für eine Million Jahre ist sicherzustellen, dass die radioaktiven Abfälle nicht in Kontakt treten mit der Biosphäre, das muss oberstes Ziel sein. Für mich steht fest: Der Standort Gorleben ist der schlechteste aller denkbaren Standorte.

► Die geologischen Verhältnisse in der Region seien detailliert dargestellt worden, wehrt sich die BGR. Außerdem widerspricht die Bundesanstalt Ihrer Aussage, es habe eine frühzeitige Festlegung auf Gorleben gegeben.

Kleemann: Auf die wesentlichen Argumente meiner Studie geht die BGR überhaupt nicht ein. Sie beschäftigt sich mit Nebensächlichkeiten. Der entscheidende Vorwurf, den man mir ja macht, ist, ich hätte die vielen Fachberichte nicht zur Kenntnis genommen, die auch dem Bundesamt für Strahlenschutz vorliegen. Ich habe mich im Rahmen der Literaturstudie jedoch bewusst nur auf veröffentlichte Daten bezogen. Es muss alles veröffentlicht und in die wissenschaftliche Diskus-

sion gebracht werden. Wenn die Daten nur in unveröffentlichten Fachberichten in irgendwelchen Hinterzimmern von Bundesbehörden schlummern, ist dies nicht nachvollziehbar und transparent. Das war mein entscheidender Vorwurf. Die umfangreiche Fachliteratur, die in den vergangenen Jahren zur Geologie dieser Region veröffentlicht wurde, ist zudem bei der Arbeit der BGR überhaupt nicht berücksichtigt worden.

► Mit einem vorläufigen Stopp aller Erkundungen in Gorleben will Bundesumweltminister Röttgen (CDU) eine Einigung im Streit über eine neue Suche nach einem Atomendlager erreichen. Reicht das aus, um den Streit zu befrieden?

Kleemann: Nach meiner Auffassung muss die Vorläufige Sicherheitsanalyse sofort gestoppt werden. Es bringt nichts, noch weitere Arbeiten bis zum Jahresende durchzuführen – was will man denn dort noch ermitteln? Es sind schon Daten erhoben worden über Gorleben in einer Detailschärfe, die man an anderen Standorten nicht gewinnen könnte. Was jetzt noch betrieben wird an Erkundungsarbeiten und im Rahmen der Sicherheitsanalyse dient letztlich nur dazu, den Standort Gorleben im Rennen zu behalten und in ein Genehmigungsverfahren zu überführen. Mein Plädoyer ist: sofortiger Stopp der Vorläufigen Sicherheitsanalyse und weiterer Erkundungsarbeiten.

► Zuvor hatte der Bundesumweltminister die Schaffung umfangreicher Einfluss- und Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger angekündigt und seinen Vorschlag zur Gestaltung eines Dialog- und Beteiligungsprozesses zur Weitererkundung des Salzstockes Gorleben vorgestellt. Wie kann Ihrer Meinung nach eine wirksame Einbeziehung der Bürger aussehen?

Kleemann: Das ganze Verfahren muss transparent und nachvollziehbar gestaltet werden. Das setzt voraus, dass auf

allen Ebenen und in allen Phasen dieses Endlager-Suchprozesses Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden, die in Frage kommenden Regionen müssen beteiligt werden. Ganz wichtig ist, dass man, wie bei dem Suchverfahren in der Schweiz, unabhängige Kontrollmöglichkeiten schafft, die die Anwendung der Kriterien überprüfen. Ansonsten muss man immer dem vertrauen, was die Behörden vorlegen.

► Brauchen wir tatsächlich eine neue Behörde für die Endlager-Suche oder soll damit nur das Bundesamt für Strahlenschutz umgangen werden?

Kleemann: Wozu soll denn dieses neue Bundesinstitut dienen? Zum einen wird hier eine neue Behördenstruktur aufgebaut, die erst einmal einige Zeit benötigt, um arbeitsfähig zu sein. Es gibt doch jetzt schon eine ganze Reihe von Organisationen, die sich mit dem Thema Endlagerung beschäftigen. Dieses Bundesinstitut hat sicherlich die Funktion, das unbequeme Bundesamt für Strahlenschutz zu entmachten. Wenn das das

einzige Ziel einer Behörde ist, dann ist das sehr wenig. Mein Hauptkritikpunkt: Man will die ganze Machtfülle des bestehenden Bundesamtes auf das neue Institut übertragen. Das einzig Sinnvolle wären zwei Institute auf Augenhöhe, die sich gegenseitig kontrollieren.

► Wie stehen Sie zu einer oberirdischen Lagerung in Bunkern?

Kleemann: Die oberirdische Lagerung in Bunkern verlagert das Problem auf die kommende Generationen. Wir haben es jetzt erlebt mit der Historie des Standortes Gorleben – es gibt ja auch einen Untersuchungsausschuss – wie schnell Wissen verloren geht. Dreißig Jahre später beschäftigt man sich mit der Frage, wie kam es zu der Entscheidung. Das Wissen ist verloren gegangen und man muss sich alles wieder erarbeiten. Das Problem der sicheren Entsorgung radioaktiver Abfälle darf man nicht zukünftigen Generationen überlassen.

Das Interview führte Burkhard Trapp



Zur Person

Dr. Ulrich Kleemann (behnst-Foto) promovierte im Jahr 1992 an der Ruhr-Universität in Bochum. Seit 2010 ist er freiberuflicher Geologe in Berlin. Er arbeitet unter anderem mit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben. Von 2004 bis 2010 war er beim



Bundesamt für Strahlenschutz Fachbereichsleiter Sicherheit der nuklearen Entsorgung und technischer Geschäftsführer der Asse GmbH.

In den Jahren 1994-2003 war Kleemann Erster Kreisbeigeordneter (u.a. Umweltdezernent) in der Kreisverwaltung Neuwied. 1993 arbeitete er für die Deutsche Projekt Union als Diplom-Geologe für Standortauswahlverfahren. nh